



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 37
Mai
2007

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

die gegenwärtige Debatte zur Raketenabwehr erinnert an die Zeit der Nachrüstungsdebatte vor drei Jahrzehnten, die in Deutschland mit großer Heftigkeit und zugleich auch großer Kompetenz geführt wurde. Auf der einen Seite standen Regierung und parlamentarische Opposition, auf der anderen Seite standen Kritiker in den Regierungsparteien (vor allem in der SPD), in den Kirchen, Gewerkschaften und Medien.

Helmut Schmidt hatte mit seiner berühmten Londoner Rede vom 28. Oktober 1977 die Debatte losgetreten, indem er auf die strategische Bedeutung der Aufrüstung der Sowjetunion mit SS 20-Raketen hinwies. Er hatte ebenfalls einen großen Anteil am sogenannten "Doppelbeschluss" der NATO vom Dezember 1979. 464 bodengestützte "Marschflugkörper" sollten danach in Westeuropa und 108 Mittelstreckenraketen (Pershing II) in der Bundesrepublik stationiert werden, sofern die Sowjetunion nicht von sich aus auf die Modernisierung ihrer Waffensysteme verzichtete.

Diese Ausgabe der **Denkwürdigkeiten** soll zu einer weitsichtigen, sachlich geführten Raketenabwehrdebatte beitragen.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 Warum Europa eine Raketenabwehr braucht

von Eckart von Klaeden

3 Missile Defense in Europa: Technische Hintergründe und die Rolle der NATO

von Andreas Beckmann

THEMEN

Warum Europa eine Raketenabwehr braucht

Europa vernachlässigt seit langem die neuen strategischen Bedrohungen, die von der Proliferation von unbemannten militärischen Flugkörpern ausgehen. Japan dagegen modernisiert gerade seine Raketenabwehr um Tokio. 1998 hatte Nordkorea eine mehrstufige Rakete über japanischem Territorium getestet, Teile gingen in der Tokio Bucht nieder. Dieses löste in Japan einen Schock aus und führte zur Beteiligung Japans am amerikanischen Raketenabwehrprogramm. Zusätzlich zu bodengestützten Abwehranlagen hat Japan auf See bereits fünf Flugkörperzerstörer im Einsatz.

Neben Nordkorea verfügen heute mehr als 20 Staaten über ballistische Raketen überwiegend kurzer bis mittlerer Reichweite und mit deutlichem Trend zur Reichweitenvergrößerung.

Die internationale Gemeinschaft befasst sich seit einigen Jahren intensiv mit dem iranischen Nuklearprogramm. Deutschland hat eine aktive Rolle innerhalb der internationalen Gemeinschaft übernommen, den Iran von seinen Nuklearplänen abzubringen. Zu einer direkten Bedrohung würde ein nuklear bewaffneter Iran für uns aber vor allem durch die von Teheran parallel entwickelte Trägertechnologie. Der Iran investiert massiv in die Entwicklung weitreichender Raketen. In fünf bis zehn Jahren könnte er in der Lage sein, selbst Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 3.000 km herzustellen – München ist 2.760 km vom Iran entfernt.

Der Iran strebt nach regionaler Vormachtstellung

Damit geht für Deutschland zwar aktuell noch keine unmittelbare Bedrohung durch ballistische Flugkörper des Iran aus, allerdings kann Teheran mit einer bereits 2004 getesteten gestreckten Variante der auf der Basis der nordkoreanischen No Dong hergestellten Shahab III-Rakete schon heute Ankara und Istanbul

im NATO-Partnerland Türkei und das EU-Partnerland Zypern erreichen.

Deutschland, Europa und die NATO müssen endlich eine gemeinsame und fundierte Bedrohungsanalyse formulieren, dringend ihre Bedrohungsperzeption den Realitäten anpassen und über einen Raketenabwehrschirm befinden. Dass der Iran nach Ansicht der internationalen Atomenergiebehörde erst in zwei, vier oder sechs Jahren in der Lage sein wird, eine Atombombe zu bauen, ist wahrlich kein Grund zur Entwarnung: Unter Berücksichtigung der Entwicklungszeiten von bis zu 10 Jahren für ein Raketenabwehrsystem müssten wir eigentlich schon heute mit ersten Maßnahmen zu seinem Aufbau beginnen. Gegner eines solchen Abwehrsystems führen ins Feld, dass der Iran kein Interesse habe, Europa zu bedrohen.

Doch strebt der Iran nach der regionalen Vormachtstellung. Daher entspricht es sehr wohl seinem Kalkül, den Einfluss des Westens und insbesondere der USA im Nahen Osten zurückzudrängen und deren Stellung als Garantemacht für Israel zu untergraben. Diesem Ziel dient auch die Möglichkeit, einen Keil zwischen den USA und Europa treiben zu können, indem der Iran Europa im Falle eines amerikanischen oder europäischen Engagements im Nahen Osten mit Nuklearwaffen bedroht.

Europa könnte in Geiselhaft genommen werden wie Ende März 15 britische Marinesoldaten. Die iranische Unterstützung von Hisbollah und Hamas, die Leugnung des Holocaust, die wiederholten Drohgebärden des Mullahregimes gegenüber Israel, die iranischen Atom- und Raketenprogramme und der fortgesetzte Bruch des internationalen Rechts müssen endlich auch in Deutschland im Zusammenhang bewertet werden.

Gegner einer aktiven Sicherheitsvorsorge verweisen auf die massive Kritik, die der russische Präsident Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz an den

amerikanischen Raketenabwehrplänen in Europa geübt hat, die in seinen Worten "unvermeidlich zu einem Wettrüsten" führen. Sofort tauchte auch in der deutschen Debatte das Gespenst einer neuen Rüstungsspirale auf, wobei völlig außer Betracht gelassen wurde, dass es sich um ein rein defensives System ohne eigene Sprengköpfe handelt, das mit nur zehn Abfangraketen auch gar nicht in der Lage wäre, die derzeit 3.300 einsatzfähigen nuklearen Gefechtsköpfe Russlands, für die strategische Trägermittel vorgesehen sind, zu neutralisieren.

Die russische Führung beschädigt sich selbst

Dabei wird unterschlagen, dass Russland sowohl bilateral von den USA als auch im NATO-Russlandrat über die amerikanischen Raketenabwehrpläne informiert wurde. Es erinnert an die Geschichte vom Wolf und den sieben Geißlein, wenn der russische Außenminister Lawrow in einem Meinungsartikel in einer deutschen Tageszeitung scheinheilig fragt, ob Europa denn konsultiert worden sei, der russische Generalstabschef und der Kommandeur der Raketenruppen aber nicht nur damit drohen, die Raketenabwehrstellungen in Polen und Tschechien zu "Zielen der Strategischen Raketenruppen" der russischen Streitkräfte zu machen, sondern auch, Moskau könne aus dem INF-Vertrag zur vollständigen Abrüstung nuklearer Mittelstreckenwaffen aussteigen.

In dieses Bild passt auch, dass der russische VN-Botschafter Tschurkin Ende März den Appell Großbritanniens, der VN-Sicherheitsrat möge vom Iran die unverzügliche Freilassung der Briten fordern, abgelehnt hat. Dabei hatte der russische Präsident Putin in seiner Münchener Rede davon gesprochen, allein die Vereinten Nationen könnten in internationalen Konflikten einen militärischen Einsatz legitimieren. Die britischen Soldaten waren mit einem Mandat der Vereinten Nationen in irakischen Gewässern unterwegs.

Es schadet außerdem der Glaubwürdigkeit russischer Außenpolitik, wenn es den Iran mit Boden-Luft-Raketen beliefert und Putin das damit begründet, der Iran dürfe sich nicht isoliert fühlen. Dabei ist es Voraussetzung für den Erfolg der Sanktionen der Vereinten Nationen, dass der Iran seine Selbstisolation von der Weltgemeinschaft zu spüren bekommt, wenn er nicht endlich bereit ist, sich an die verbindlichen Resolutionen des Sicherheitsrats zu halten. Offensichtlich sieht Russland angesichts der desaströsen Lage im Irak und des heraufziehenden US-Wahlkampfes die Chance, seinen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten auf Kosten der USA auszubauen. Auch ein Konflikt innerhalb der Europäischen Union bzw. zwischen Europa und den USA über die erforderliche Sicherheitsvorsorge mag manchem in Russland gerade recht kommen.

Doch darf in Moskau nicht am alten Nullsummenspiel des Kalten Krieges festgehalten werden. Ein nuklear bewaffneter Iran bedeutete nämlich auch für Russland eine erhebliche Gefahr. Dazu bedarf es keiner unmittelbaren Bedrohung. Doch könnte das Mullahregime neues Selbstbewusstsein schöpfen, das auch zu schwerwiegenden Konflikten mit Russland führen kann. Schließlich ist Moskau in der jüngeren Vergangenheit schon mehrfach von Teheran vor der Weltöffentlichkeit dupiert worden.

Russland sollte also erkennen, dass es in seinem eigenen Interesse liegt, Europa als gemeinsamen Sicherheitsraum zu betrachten, und sollte daher Angebote der Zusammenarbeit, die es von amerikanischer wie von europäischer Seite gibt, ernsthafter als in der Vergangenheit prüfen. Europa hat grundsätzlich ein großes Interesse an einer stärkeren sicherheitspolitischen Einbindung Russlands.

In diesem Zusammenhang ist der Aufbau von Teilen einer umfassenden, global konzipierten amerikanischen Raketenabwehr gegen neue potentielle Bedrohungen in Kombination mit Anstren-

gungen der NATO in und für Europa im deutschen und europäischen sowie die Einbeziehung Russlands nicht nur in seinem eigenen, sondern auch im europäischen und amerikanischen Interesse. Dies müsste umso mehr gelten, wenn vermieden werden soll, dass militärische Mittel gegen nuklear bewaffnete und mit weitreichenden Raketen ausgestattete "Problemstaaten" eingesetzt werden, oder gegen solche, die danach streben.

Die NATO ist der richtige Ort für ein gemeinsames Konzept

Es passt nicht zusammen, wenn gerade die Gegner eines Raketenabwehrschildes den Vereinigten Staaten einerseits militärischen Interventionismus vorwerfen, andererseits aber den Aufbau von Alternativen zu militärischem Eingreifen verhindern wollen. Schließlich dient die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Nuklearschirmes der Vermeidung eigener militärischer Nuklearprogramme der Verbündeten und solcher Staaten, für die die USA Sicherheitsgarantien übernommen haben – auch und gerade im Nahen und Mittleren Osten. Diese Sicherheitsgarantien haben in der Vergangenheit nukleare Rüstungsprogramme verhindert. Dem dient auch das US-Raketenabwehrprogramm. Damit befördert es nicht einen nuklearen Rüstungswettlauf, sondern will ihn verhindern.

Für die Einbettung des US-Raketenabwehrsystems in ein Konzept europäischer Sicherheit ist die NATO der richtige Ort. Im NATO-Russland Rat sollte weiter über die Einbindung Russlands und seine Beteiligung gesprochen werden. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat bezieht auch die Mitglieder der EU ein, die nicht Mitglied der NATO sind. Eine Entscheidungsfindung in der EU ist dagegen nicht sinnvoll, weil wiederum die USA und Norwegen nicht mit am Tisch säßen. Eine solche Behandlung in der NATO liegt auch im wohlverstandenen Interesse Polens. Das Projekt ist nicht geeignet, um außerhalb der NATO eine besondere Beziehung zu den USA zu begründen. Das würde nur die

Fliehkräfte in EU und NATO verstärken und käme solchen russischen Absichten entgegen, die die NATO schwächen und USA und Europa voneinander entfremden wollen.

Eckart von Klaeden, Berlin

Eckart von Klaeden ist Abgeordneter des Deutschen Bundestages, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Präsidiums der CDU. Der Beitrag gibt die persönlichen Auffassung des Autors wieder. Erstmalige Veröffentlichung des Beitrages (Kurzfassung) auf www.welt.de am 14. April 2007.

THEMEN

Missile Defense in Europa: Technische Hintergründe und die Rolle der NATO

Bedrohungslage

"*Unser Land ist heute dem Club der Nuklearstaaten beigetreten*". So untermauerte der iranische Präsident Mahmud Ahmadineschad am Ostermontag 2007 die nuklearen Ambitionen seines Regimes und unterstrich einmal mehr seine Bereitschaft, in offene Konfrontation mit nahezu der gesamten Staatenwelt zu gehen. Dort hatten sich sonst oft antagonistisch agierende Staaten wie die USA, Russland und China schon zweimal darauf verständigt, gegen den Iran wegen seines Nuklearprogramms Sanktionen zu verhängen. Unabhängig davon, ob die Behauptungen Irans zutreffen, schon jetzt in 3.000 Ultrazentrifugen "in industriellem Maßstab" Uran anreichern zu können – diese Zahl genügt zur Herstellung zweier Nuklearsprengsätze pro Jahr – und ob das theokratische Regime mittelfristig in der Lage ist, die offiziell angestrebten 54.000 Zentrifugen zuverlässig zu betreiben: Hier droht in absehbarer Zukunft ein erhebliches Sicherheitsproblem, resultierend aus dem buchstäblich explosiven Gemisch von

- einer auch mit Anspruch auf Wirkung außerhalb Irans ä-

berst aggressiv auftretenden totalitären Weltanschauung;

- einem innenpolitisch keineswegs beliebten Regime, welches intensive Konflikte mit äußeren Feinden zur Verbesserung der schwachen eigenen Legitimation benötigt;
- der ausgewiesenen technischen und finanziellen nationalen Fähigkeit sowohl zur Entwicklung von Nuklear- als auch Raketentechnologie;
- eines nationalen Anspruchs auf regionale Hegemonie und schließlich
- wiederholt gezeigter Bereitschaft, sich zur Erreichung eigener Ziele skrupellos mit menschenverachtender Hetze, Fälschung und Erpressung gegen die Staatenwelt zu stellen.
- Hinzu kommt Irans Lage in einer geostrategisch äußerst wichtigen Region mit zahlreichen weiteren Konflikten hoher Intensität und einer fragilen regionalen Machtbalance.¹

Anders als viele europäische Akteure, die allein auf die – bislang in der Sache seit Jahren erfolglosen – diplomatischen Anstrengungen setzen, Iran von seinem Nuklearprogramm abzubringen, sind die USA nicht bereit, für ihre Zukunft ein nukleares Erpressungsrisiko einzugehen und setzen parallel zu ihrem diplomatischen Einsatz auf eine defensive militärische Absicherung. Derzeit existieren keine iranischen Massenvernichtungswaffen, die die USA oder auch nur Europa bedrohen könnten, weder als Flugkörper (*delivery vehicle*), noch als flugkörperfähiger Nukleargefechtsskopf (*warhead*). Allerdings gehen die USA und andere Staaten in ihren Bedrohungsanalysen davon aus, dass der Iran im Jahr 2015 über entsprechende Systeme mit einer Reichweite von über 5.500 km verfügen kann, die mühelos das gesamte europäische NATO-Gebiet abdecken. Raketen mit geringerer Reichwei-

¹ Im Falle eines – keineswegs auszuschließenden, aber aus politischen Gründen derzeit von Washington nicht gern öffentlich diskutierten – islamistischen Umsturzes wäre auch die derzeitige Nuklearmacht Pakistan eine Bedrohung, für die die genannten Kriterien dann ähnlich gelten dürften.

te, die Teile Mitteleuropas bedrohen können, dürften schon früher verfügbar sein.² Dass der Iran mit seinem Nuklearprogramm auch militärische Ziele verfolgt, steht für unvoreingenommene Beobachter außer Zweifel. Gegen die zivile Nutzung der Kernenergie, auf die Iran ein Anrecht hat, richten sich die vom Weltsicherheitsrat gemeinsam getragenen Sanktionen jedenfalls nicht.

Mit der derzeit geplanten Einsatzbereitschaft der US-Anlagen in Polen und Tschechien bis 2012 bliebe nach der aktuellen Bedrohungsanalyse nur ein Sicherheitspuffer von höchstens drei Jahren, um nicht schutzlos einer iranischen Erpressungsdrohung gegenüber zu stehen. Gegen eine solche Gefahr aber richtet sich der strategische Teil der *Missile Defense*: Selbst ein Iran, von dem vielleicht im Jahr 2015 noch nicht ganz sicher ist, ob er wirklich erfolgreich einen nuklear bestückten ballistischen Flugkörper in die USA oder nach Europa befördern kann, verfügt mit der bloßen Androhung des Einsatzes einer solchen Terrorwaffe³ selbst bei nur 50% Erfolgswahrscheinlichkeit gegenüber jeder offenen Gesellschaft über ein politisches Erpressungspotential, welches ihm erhebliche Freiräume für eigenes offensives Agieren eröffnet: Kein demokratisch zu wählender westlicher Regierungschef wird seine Bevölkerung davon überzeugen können, sich regional gegen Interessen Irans zu engagieren (z. B.

² Für einige Fakten und weitere offene Quellen zu Fähigkeiten und Entwicklungszielen des Irans und anderer Raketenstaaten siehe Stephan Frühling/Svenja Sinjen: *NATO Missile Defence. The political and operational case for a two-base structure*; RUSI Journal December 2006, pp. 58-61 sowie dies.: *Raketenabwehr, NATO und die Verteidigung Europas*; KAS Analysen und Argumente 40, März 2007.

³ Ausdrücklich von "Terror- bzw. Erpressungswaffen" ist deswegen zu sprechen, weil ein paar unzuverlässige und unpräzise Nuklearwaffen in der Hand eines Staates wie Iran oder Nordkorea – anders als die breit aufgestellten strategischen Arsenale z. B. Russlands – keinen *militärischen* Nutzen haben können. Nicht einmal ein kleines Land Westeuropas ließe sich durch eine in seine Richtung gefeuerte Nuklearwaffe militärisch besiegen. Der Wert z. B. iranischer Nuklearwaffen läge vielmehr in der Terror-Androhung gegenüber Hunderttausenden unbeteiligten Zivilisten und dem daraus gegenüber offenen Gesellschaften resultierenden politischen Erpressungspotential, insbesondere zum Nicht-Handeln.

gegen einen Angriff auf das sog. "Zionistische Gebilde", vulgo den Staat Israel), wenn es einigermaßen denkbar ist, dass dieser sich dagegen mit einem Atompilz in dem betreffenden Land 'verteidigt'.

Das Erpressungspotential wird durch ein glaubhaftes Abwehrsyst. strategisch in sein Gegenteil verkehrt: Die Drohung mit einem Terror-Angriff zwecks Ausschlusses westlichen Engagements gegen regionale Interessen Irans liefe ins Leere, da die Eintrittswahrscheinlichkeit des angedrohten Terrors nunmehr sehr gering ist. Der bloße Versuch birgt zudem – anders als eine halbwegs glaubhafte Androhung bei fehlendem Abwehrschild – untragbare Risiken. Ein gescheiterter tatsächlicher Angriff wäre nicht mehr nur eine Drohung, sondern ein offener Mordversuch an Hunderttausenden Zivilisten.

Keine Herrscherclique eines "Problemstaats" kann sich die Folgen leisten, die ein abgewehrter tatsächlicher Angriffsversuch mit einer Terrorwaffe nach sich zöge. Die Initiative läge nicht mehr beim "Problemstaat".

Damit erscheint der Puffer von drei Jahren sehr angebracht, auch angesichts der Überraschungen aus Nordkorea, das sowohl hinsichtlich seiner Trägersysteme (Taepodong-I-Test 1998) als auch seiner Nuklearwaffenfähigkeit (9. Oktober 2006) schnellere Fortschritte gemacht hatte als erwartet. Auch bei den iranischen Nuklear- und Raketenprogrammen besteht ein beträchtlicher Unsicherheitsfaktor, da auch gut geschützte und für die Außenwelt verschlossene unterirdische Anlagen unbekanntem Ausmaßes unterhalten werden.

Am 22. Januar 2007 bekundeten die USA daher formal ihr Interesse, im Rahmen des 2002 begonnenen Aufbaus ihres nationalen Netzwerks zur Verteidigung gegen einzelne ballistische Flugkörper⁴ eine Radarstation in der

⁴ "Missile Defense" mit "Raketenabwehr" zu übersetzen, ist sachlich unzutreffend. Als Raketen werden im Militärbereich ungelenkte

Tschechischen Republik und eine Anlage mit zehn Abwehrflugkörpern, sog. *Ground Based Interceptors (GBI)*, in Polen zu errichten. Obwohl die Absichten der USA schon seit Jahren bekannt waren⁵ und aus technischer und strategischer Sicht auch naheliegen, begann eine z. T. befremdliche Debatte erst, nachdem der russische Präsident Wladimir Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007 sehr deutlich seine Ablehnung artikuliert hatte. Während in Teilen der deutschen Politik die unzutreffenden Argumente Putins aufgriffen und ventiliert wurden, sprechen sich Andere für eine Verankerung des Themas in der NATO aus. Bevor auf die mögliche Rolle der NATO einzugehen ist, erscheint eine Analyse technischer und strategischer Hintergründe zweckmäßig.

Aktivitäten der USA bei der Abwehr ballistischer Flugkörper

Anders als bei Präsident Ronald Reagans sehr umfassender *Strategic Defense Initiative (SDI)* von 1983 geht es den USA heute um zwei bescheidenere Ziele:

- (a) Schutz von Truppenverbänden oder Industrie- / Siedlungszentren vor taktischen ballistischen (Kurzstrecken-) Flugkörpern (*Theater Missile Defense, TMD*);
- (b) Abwehr begrenzter strategischer Terror-Angriffe mit einzelnen ballistischen Langstreckenflugkörpern auf die USA (*National Missile Defense, NMD*) oder ihre Verbündeten.

Zwischenzeitlich firmierten die Forschungen dazu unter dem sprechenden Titel *Global Protection Against Limited Strikes (GPALS)*, der in der Sache auch die heutigen Aktivitäten treffend beschreibt. In seiner *National Security Presidential Directive*

Flugkörper bezeichnet, während die im Folgenden angesprochenen Waffen gelenkt sind.

⁵ Vgl. z. B. BBC News: *US considers Polish missile base*; November 17, 2005; <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/europe/4445284.stm>. Demnach finden Gespräche mit Staaten Mittel- und Osteuropas zu diesem Thema bereits seit 2002 statt.

No. 23⁶ vom 16. Dezember 2002 wies Präsident Bush die neue *Missile Defense Agency (MDA)* an, mit der Aufstellung einer einsatzfähigen Abwehr gegen einzelne ballistische Flugkörper ab 2004 zu beginnen. Am nächsten Tag wurden dazu formale – und positiv beschiedene – Anfragen an die britische und die dänische Regierung gerichtet, bestehende Radarstationen auf dem britischen Luftwaffenstützpunkt Fylingdales sowie dem US-Stützpunkt Thule in Grönland entsprechend zu modernisieren. Seit dieser Zeit werden auch bereits Gespräche mit Polen und anderen europäischen Ländern geführt, um ein Abwehrsystem gegen Mittel- und Langstreckenflugkörper aus den Nahen Osten einzurichten.

Technischer Stand der Dinge

Charakteristisch für das Programm der USA ist der Ansatz einer nach Bekämpfungsphasen gestaffelten Verteidigung (*layered defense*), die TMD-Systeme mit Systemen zur Abwehr einzelner ballistischer Mittel- oder Langstreckenflugkörper entwickelt und global vernetzt. Ziel ist ein integriertes *Ballistic Missile Defense (BMD)*-System, bestehend aus boden-, see-, luft- und weltraumgestützten Radar- und Infrarotsensoren, entsprechenden Kommunikations- und Steuerungsmitteln sowie Abwehrflugkörpern bzw. mittelfristig auch -Lasern. Für die Bekämpfung von Flugkörpern gerade längerer Reichweite, die aus den heutigen "Problemstaaten" (Putin) in Zukunft die USA oder Westeuropa erreichen können, wird primär zwischen drei zeitlichen Segmenten unterschieden:⁷

(a) Die Startphase (*Boost Phase Defense*), in der die Flugkörper aufsteigen und die Atmosphäre verlassen. Zwar wäre

die Bekämpfung in dieser Phase ideal, denn hier ist der Flugkörper noch relativ langsam, nah am Ausgangsort und aufgrund des großen Hitzeausstoßes seines Antriebs am einfachsten zu verfolgen. Zugleich ist eine Bekämpfung hier aber auch am schwierigsten: Erstens ist noch kaum erkennbar, um welche Art von Flugkörper mit welcher Nutzlast und welchem Ziel es sich handelt; zweitens steht für Aufklärung und Bekämpfung wenig Zeit zur Verfügung: für eine Interkontinentalwaffe (*Intercontinental Ballistic Missile, ICBM*) nur drei bis fünf Minuten. Drittens müssen die Sensoren und die Wirksysteme sehr nah am Startort stationiert sein⁸. Zwar wirbt die *MDA* darum, einen noch in relativ frühen Erprobungsstadien befindlichen flugzeuggestützten Laser und kinetische Abwehrwaffen zu finanzieren, doch ist derzeit die Entwicklung für *Boost Phase*-Abwehrsysteme am wenigsten fortgeschritten.

(b) Die Marschphase (*Midcourse Defense Phase*), in der sich die Flugkörper außerhalb der Erdatmosphäre zu ihrem Zielgebiet bewegen. In dieser Phase steht für die Bekämpfung eines dann auch schon klarer identifizierbaren *ICBM* mit ca. 20 Minuten am meisten Zeit zur Verfügung – allerdings ist der technische Aufwand auch schon sehr hoch, weil die Flugkörper sehr schnell und weit vom Erdboden entfernt sind. Die bodengestützte Marschphasenbekämpfung firmiert aktuell unter *Ground-Based Missile Defense (GMD)*.⁹ Zwar ba-

siert die Idee der *layered defense* auf einer Verbesserung der Bekämpfungserfolge durch Ansetzen in allen drei Phasen; aktuell und mittelfristig liegt der Kernbereich der Anstrengungen zur Abwehr strategischer Angriffe aber in der Marschphase. Allein um diese Phase geht es bei den aktuell geplanten Systemen in Polen und Tschechien.

(c) Die absteigende Endphase (*Terminal Defense Phase*). Im Rahmen der taktischen Flugkörperabwehr (*TDM*) ist dies derzeit die Phase der Wahl. Kurz- und Mittelstreckenflugkörper können in der *Terminal Phase* mit dem aktuellen *Patriot Advanced Capability-3 (PAC-3)* Abwehrflugkörper zerstört werden. Solche *Patriot*¹⁰-Systeme sind als Teil des globalen US-Netzwerks bereits in den USA und in Japan stationiert, werden aber auch weltweit mobil zum Schutz von Truppenverbänden oder anderen Zonen hoher Wichtigkeit eingesetzt. Den gleichen hochagilen *PAC-3*-Abwehrflugkörper nutzt für die Abwehr ballistischer Flugkörper auch das von den USA (58%), Deutschland (25%) und Italien (17%) gemeinsam entwickelte *Medium Extended Air Defense System (MEADS)*, das ebenfalls mobil ist, aber erst ca. 2014 in Dienst gestellt wird und ebenso wie *Patriot* nur relativ begrenzte Räume schützen kann.¹¹ Zudem wird von den USA mit der *Terminal High-Altitude Area Defense (THAAD)* ein System entwickelt, welches – außer den dafür zu schnellen *ICBM* – Flugkörper in der Endphase auch schon in den oberen Atmosphärenschichten abfangen soll und damit den beiden *PAC-3*-Systemen den *upper layer* hinzufügen soll. Eine begrenzte Einsatzbereitschaft von *THAAD*, wel-

entwickelt – ist für *Aegis* auch eine Fähigkeit zur Marschphasenbekämpfung von *ICBM* vorgesehen.

¹⁰ *Patriot* = "Phased Array Tracking Radar to Intercept On Target".

¹¹ Für die Bundeswehr steht die Entscheidung zur Beschaffung von *PAC-3*-Flugkörpern für *MEADS* noch aus.

⁸ Nach heutigem Kenntnisstand – die genauen Daten sind geheim – in jedem Fall weniger als 1.000 km vom Startort entfernt.

⁹ Mit dem bis 2009 auf drei *Aegis*-Kreuzern und 15 *Aegis*-Zerstörern zu stationierenden, bereits heute einsatzbereiten (*certified* Mitte 2006) und aktuell in der Beschaffung befindlichen Abwehrflugkörper *Standard Missile 3 (SM-3)* besteht zudem eine seegestützte Komponente. Diese ist allerdings derzeit nur für die Bekämpfung von – langsamer und tiefer fliegenden – ballistischen Flugkörpern kurzer und mittlerer Reichweite geeignet. Neben den USA will auch Japan auf eigenen Marineschiffen *SM-3* einführen. Für die Zukunft – auch dieses System wird parallel zur Aufstellung weiter-

⁶ NSPD-23: *National Policy on Ballistic Missile Defense*, zu finden unter <http://www.fas.org/irp/offdocs/nspd/nspd-23.htm>.

⁷ Neben dieser zeitlichen Differenzierung gibt es auch Unterscheidungen nach der Höhe, in welcher Flugkörper bekämpft werden (*lower* und *upper layer defense* für Bekämpfung unter oder über 35km Höhe) sowie nach den Teilstreitkräften bzw. physischen Trägern von Abwehrsystemen (*sea-ground-* und *air-based defense*).

ches 2007 in die Produktion geht, wird für 2009 erwartet. Bisher ist noch kein System absehbar, welches in der Lage wäre, ballistische Langstreckenflugkörper in ihrer extrem schnellen und mit weniger als einer Minute sehr kurzen Endphase abzuwehren.

Zur Abwehr ballistischer Flugkörper mit großer Reichweite bleibt also mittelfristig die bodengestützte Marschphasenbekämpfung GMD das einzige verfügbare Mittel. Da Nordkorea sowohl bei der Entwicklung von Nuklearsprengköpfen als auch bei der Herstellung entsprechender Mittel- und Langstreckenträgersysteme erheblich weiter fortgeschritten ist als der Iran, hatte im GMD-Bereich zunächst der Schutz der amerikanischen Westküste Priorität. Am 22. Juli 2004 wurde der erste *Ground Based Interceptor (GBI)* in Fort Greely (Alaska) aufgestellt. Seitdem wurden dort und im kalifornischen Luftwaffenstützpunkt Vandenberg sukzessive weitere GBI stationiert. Heute existiert so an der Pazifikseite der USA ein noch nicht einsatzbereites Rumpf-System, von welchem sich die USA künftig Schutz gegen einzelne ballistische Flugkörper aus Richtung Nordkorea versprechen. Es besteht – neben Marine-Komponenten (SM-3) auf den *Aegis*-Schiffen – aktuell aus 14 GBI und drei Radaranlagen in Alaska, zwei GBI in Kalifornien sowie dem auf einer umgebauten und mit eigenem Antrieb aufgerüsteten Ölbohrplattform installierten *Sea-Based X-Band-Radar*.

Nach Angaben aus der MDA dürften die GMD-Systeme gegen die nordkoreanische Bedrohung ca. Anfang 2008 einsatzfähig sein.¹² Bis Ende 2007 sollen in Alaska 21 GBI stationiert sein; bis 2011 sollen dort ca. 40 GBI sowie vier in Vandenberg einsatzbereit sein. Dieses Vorgehen entspricht dem pragmatischen Ansatz der USA, zeitgleich alle Systeme flexibel weiterzuentwickeln, zu testen, zu vernetzen und parallel dazu bedarfsgerecht zu stationieren.

¹² Vgl. Reuters: *U.S. missile defense system expected to be ready within a year*; in: IHT vom January 30, 2007. Eine offizielle Bekanntgabe der Einsatzbereitschaft wird es nicht geben.

BMD ist kein statisches, sondern ein mehrfach flexibles, wachsendes, vernetztes und 'lernendes', also ausgesprochen zukunfts-offenes Konzept. Hieraus folgen vor allem drei Dinge für die politische Debatte:

1. Wer mittelfristig einsatzbereite und technisch glaubhafte Abwehrsysteme gegen die am schwierigsten zu bekämpfenden Langstreckenflugkörper haben will, muß zügig mit der Aufstellung entsprechender Systeme beginnen – und sie parallel dazu weiter testen und entwickeln.
2. Die USA wollen aktuell und mittelfristig bereits den strategischen Wert ihrer Technologie nutzen, unabhängig von derzeitigen Bedrohungen und der durchaus umstrittenen aktuellen technischen Wirksamkeit ihrer Systeme. Dies wird seitens der USA verstanden als ein Signal für Abrüstung, denn die sowohl politisch als auch finanziell sehr teure Aufrüstung von "Problemstaaten" verliert dadurch für diese Staaten erheblich an Wert.
3. Heute und mittelfristig noch zutreffende Aussagen über den Null-Wert aktueller amerikanischer Möglichkeiten zur Beeinträchtigung russischer strategischer Nuklearwaffen können langfristig überholt sein. Grundsätzlich ist es nur eine Frage von Weiterentwicklung und Anzahl, ob US-Systeme eines Tages das russische Arsenal merklich beeinträchtigen können. Es ist allerdings anzunehmen, dass Russland mit seinen technologischen, finanziellen und industriellen Ressourcen sowie seiner jahrzehntelangen Erfahrung auf diesem Gebiet ohne Weiteres in der Lage wäre, geeignete technische Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Zu solchen werden Iran oder Nordkorea auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein.

Seit Ronald Reagans SDI-Vision sind in den USA über 100 Mrd. Dollar in die Erforschung der Abwehr ballistischer Flugkörper geflossen. Für die Jahre 2004 bis 2009 sind 53 Mrd. Dollar veran-

schlagt, womit *Missile Defense* der größte Rüstungsposten im US-Verteidigungshaushalt ist. Für das Haushaltsjahr 2008 hat das Pentagon für *Missile Defense* Mittel in Höhe von ca. 11 Mrd. Dollar beantragt.¹³ In Relation zum Verteidigungsbudget des Weißen Hauses für 2008 von weit über 600 Mrd. Dollar nimmt sich diese Summe indes weit weniger dramatisch aus als in Relation z. B. zum deutschen Epl. 14 (2007 ca. 33 Mrd. Dollar).

Technische Aspekte des GBI

Das von der Firma *Raytheon* hergestellte *Exoatmospheric Kill Vehicle (EKV)* ist auf der Spitze eines dreistufigen Raketenmotors (*Orbital Booster Vehicle, OBV*) montiert und wird von diesem in den Weltraum getragen – die Einheit aus EKV und *Booster* bildet den GBI. Im Weltraum dient das EKV selbst als kinetisches Projektil, welches den Gefechtskopf eines ballistischen Flugkörpers in seiner Marschphase allein durch die Aufprallenergie bei extrem hohen Geschwindigkeiten von ca. 26.000 km/h zerstören soll (*'hit-to-kill'*). Einen Gefechtskopf im Sinne einer Explosionsladung enthält das EKV nicht, weshalb die MDA offiziell davon ausgeht, dass die GBI keinen *"warhead"* tragen. Das ca. 63kg schwere EKV ist faktisch selbst der – kinetische – Gefechtskopf eines GBI. Damit ist der mitunter auch von ranghohen US-Offiziellen geäußerte Hinweis¹⁴ unzutreffend, russische Sorgen seien auch deshalb unbegründet, weil ein GBI nur ca. 75kg wiege und keine Abschuss-Silos für große Flugkörper wie *IRBM* oder *ICBM* erfordere. Das seit 2003 von der MDA präferierte dreistufige Feststoff-OBV der Firma *Orbital Sciences* hat mit einer Länge von 16,8m, einem Durchmesser

¹³ Daniel Dombey / Demetri Sevastopulo: *Intercept or interfere? How missile defence pits the Pentagon against allies*; in: Financial Times; March 7, 2007 Wednesday S. 13

¹⁴ Vgl. z. B. RUFO: *Außenminister Lawrow über Bushs Angebot zufrieden*; 29.03.2007; http://www.aktuell.ru/russland/news/aussenminister_lawrow_ueber_bushs_angebot_zufrieden_17746.html; oder William J. Kole (AP): *U.S. intensifies campaign for missile defense system in Eastern Europe*; March 23, 2007 (zuvor auch unter "U.S.: Defense Shield No Threat to Russia"; auf www.washingtonpost.com).

von 1,27m und einem Gewicht von ca. 12,7 Tonnen durchaus das Format einer *IRBM*. In jedem Fall wäre also Russland zumindest informationell in das europäische *GMD*-System einzubinden und mit recht umfangreichen Inspektionsrechten für die *GBI*-Stationen zu versehen, damit beim Start von *GBI* in Polen nie ein Zweifel in Moskau daran aufkommt, dass es sich nicht um gegen Russland gerichtete Erstschlagswaffen handelt. Genau dies wird auch derzeit von den USA angeboten.¹⁵

Aktuelle Pläne

Mit zehn *GBI* in Polen und einer zusätzliche Radaranlage in Tschechien sollen den bereits bestehenden Pazifik-Anlagen nun auch Atlantik-Elemente hinzugefügt werden. Aus Sicht der USA liegt die Wahl von Polen und der Tschechischen Republik aus technischen und politischen Gründen nahe:

1. Beide Länder liegen geographisch günstig in der Flugbahn möglicher iranischer Flugkörper in Richtung USA oder Westeuropa.
2. Bei beiden handelt es sich um Staaten des sog. "Neuen Europas".¹⁶ Hier ist die Solidarität mit den USA als noch gut in Erinnerung befindliche Befreier von der Sowjetherrschaft groß; hier wird Russland weniger als (Wunsch-) Partner wie in Westeuropa wahrgenommen, sondern mehr als potentielle Bedrohung. In beiden Ländern sind die Regierungen klare Befürworter der amerikanischen Pläne, treten Bedenken der westeuropäischen Partner entschlossen und selbstbewusst entgegen und werden durch russische Drohungen in ihrer Haltung eher bestärkt als verunsichert.
3. Warschau und Prag erwarten sich von der Stationierung amerikanischer Truppen – insgesamt nur wenige hundert Soldaten Bedien- und

Wachpersonal – auf ihren Territorium eine Aufwertung ihres Status in der NATO sowie einen konkreten Sicherheitsgewinn. Erst durch die Stationierung amerikanischer Truppen kann ein NATO-Partner in den Kreis der wirklich geschützten Partner aufsteigen, denn erst dadurch wird Art. 5 des NATO-Vertrags real im Sinne einer Sicherheitsgarantie der USA. Ein Angriff auf NATO-Partner mit dort stationierten US-Soldaten käme einem Angriff auf die USA gleich und würde mit größter Wahrscheinlichkeit amerikanisches Eingreifen nach sich ziehen.

4. Von dem Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der USA erhoffen sich beide Staaten weitere direkte und indirekte Zuwendungen und andere Vorteile seitens der USA. Dies gilt insbesondere für alle Formen von Militärhilfe, auch für die Lieferung taktischer Flugkörperabwehrsysteme wie *Patriot* oder *THAAD*.

Die Tschechische Radar-Anlage soll auf dem Truppenübungsplatz Jince, 32km westlich von Prag gelegen, auf dem Gelände einer ehemaligen russischen Militärbasis errichtet werden. Das Radar, dessen Typ schon länger im Pazifik getestet wurde, kann über mindestens fünftausend Kilometer Entfernung Ziele erfassen, identifizieren, verfolgen, *GBI* steuern und den Erfolg von Abwehrmaßnahmen überprüfen. Zur flächigen Überwachung z. B. russischen Territoriums ist diese Art von Radar technisch nicht geeignet. Die polnische *GBI*-Anlage soll auf einem ehemaligen Flugplatzgelände der polnischen Luftwaffe nahe Debrzno (Preußisch-Friedland), ca. 200km östlich von Stettin installiert werden.

Zur Stationierung streben die USA jeweils bilaterale Vereinbarungen mit den beiden Staaten an. Die Verhandlungen sollen bis 2008 abgeschlossen sein; spätestens 2009 sollen die Bauarbeiten beginnen und bis Ende 2012 sollen die Anlagen betriebsbereit sein. Unterstützt wird das Radar

in Tschechien durch die seit 2003 auf bilateraler Basis verbesserten Radaranlagen in England und Grönland.

Zusätzlich wird – wenn auch nur als Nebenoption bzw. als Alternative zu den *GBI* in Polen – die von Premierminister Blair bereits angebotene Stationierung weiterer *GBI* im Vereinigten Königreich erwogen. Dies würde das System mit einer sog. "shoot-look-shoot"-Kapazität für die *GMD*-Phase ausstatten und damit die Idee der *layered defense* bereits in der Marschphase realisieren: Sollten in Polen abgeschossene *GBI* ein Ziel nicht erfolgreich zerstören, könnte von britischem Boden aus ein zweiter Versuch unternommen werden. Die Glaubwürdigkeit und damit der strategische Wert der 'europäischen' *GMD* könnten somit erheblich erhöht werden.¹⁷

Raketenabwehr und NATO

Obwohl die geplanten Anlagen nach Angaben der *MDA* den Großteil des NATO-Gebietes inkl. Polen und Tschechien selbst abdecken können, genügen sie zur vollständigen Abdeckung des NATO-Territoriums nicht: Während große Teile der Türkei zu nahe am Iran liegen, um technisch überhaupt durch ein *GMD*-System geschützt zu werden, liegen Teile Südeuropas (Griechenland, Bulgarien, Rumänien) außerhalb des Deckungsbereichs der vorgesehenen Anlagen. Diese Lücken sind strategisch nicht tolerabel, denn sie würden Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Bündnis begründen und die Allianz verwundbar machen für eine Spaltung, und damit Lähmung, durch Erpressung einzelner Mitglieder. Sie könnten aber – entsprechend dem flexiblen, vernetzten Ansatz heutiger US-Raketenabwehr – durch andere, mit den Anlagen in Polen und der Tschechischen Republik vernetzte Systeme geschlossen werden. Hier bietet sich für die Ansiedlung des Themas Raketenabwehr in der NATO, prominent gefordert auch in dieser **Denkwürdigkeit** vom außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestags-

¹⁵ Vgl. z. B. Stephan Löwenstein: *Washington will weiter mit Russland reden*; in: FAZ vom 26.04.07, S. 5.

¹⁶ Polen hat nicht nur nach Afghanistan, sondern auch in den Irak Truppen entsandt.

¹⁷ Für diese Option – *GBI* in Polen und England sprechen sich – insofern überzeugend – auch Frühling und Sinjen (a. a. O.) aus.

fraktion Eckart von Klaeden¹⁸, ein guter Ansatzpunkt:

- Die Gefahr eines Erpressungsversuchs mit nuklearen Terrorwaffen betrifft direkt zwar jeweils einzelne Staaten; in seiner politischen Handlungsfreiheit wird aber die westliche Wertegemeinschaft – deren primärer sicherheitspolitischer Handlungsarm die NATO ist – insgesamt bedroht.
- Ein gemeinsamer Ansatz würde es erlauben, Kosten unter allen Begünstigten zu teilen, statt bedenkentragende Westeuropäer als *free riders* vom US-Schild profitieren zu lassen.
- Im Zusammenlegen können auch technologische und intellektuelle Synergien gehoben werden; alle fähigen NATO-Partner könnten ihre technologischen Stärken einbringen und ihre verteidigungsindustriellen Kompetenzen weiterentwickeln.
- Aufgrund der europäischen Abdeckungslücken des aktuell geplanten US-Projekts wird sich die NATO ohnehin intensiv mit dem Thema Raketenabwehr befassen müssen, wenn sie ihre türkischen und südeuropäischen Mitglieder nicht ungeschützt lassen und damit offen die Solidarität im Bündnis verletzen will.
- Die Abwehr strategischer Raketen ist das letzte fehlende Element in den *Missile-Defense* Aktivitäten der NATO.

Mit *taktischer* Raketenabwehr zum Schutz von Einsatzverbänden befasst sich die NATO bereits seit ihrer im Strategischen Konzept von 1999 verankerten Entscheidung, eigene Truppen gegen Bedrohungen durch ballistische Flugkörper mit ABC-Gefechtsköpfen besser zu schützen. Auf diesem Gebiet gab es seitdem durchaus Fortschritte. Zuletzt wurde auf dem Gipfel in Riga Ende November 2006 ein Vertrag unterzeichnet, in welchem ein transatlantisches Industriekonsortium mit der Entwicklung eines "System of Sys-

tems" (*Active Layered Theatre Ballistic Missile Defense, ALTBDM*) beauftragt wird, welches zunächst bis 2010 die vorhandenen oder geplanten taktischen Systeme zur Flugkörperabwehr innerhalb der NATO (*Patriot PAC-3, MEADS, SAMP-T*)¹⁹ integrieren soll. Bis 2013 sollen auch die amerikanischen *upper layer*-Systeme *THAAD* und *SM-3* in *ALTBDM* integriert sein.²⁰ Die Kosten für *ALTBDM* exklusive der erheblich teureren eigentlichen Waffensysteme, die in nationaler Hand verbleiben, werden mit insgesamt ca. 700 Mio. Euro angegeben.²¹

Konkrete Aktivitäten zur *strategischen* Flugkörperabwehr sind bisher auf NATO-Ebene nicht geplant. Schon 2002, also direkt nach ihrer Entscheidung zur Stationierung eines eigenen umfassenden Abwehrsystems, hatten die USA ihr Anliegen in die NATO getragen – ein wesentlicher Grund dafür, dass sie heute, nach fünf Jahren Zeitverlust ohne echten Fortschritt dort, wenig Neigung zeigen, weitere Zeit mit der NATO-Debatte zu verlieren. Auf dem Prager NATO-Gipfel Ende 2002 gaben die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses zunächst eine Machbarkeitsstudie in Auftrag, mit der Optionen ausgelotet werden sollten, das Gebiet der NATO-Staaten insgesamt gegen die gesamte Bandbreite von Bedrohungen durch ballistische Flugkörper zu schützen.

Die inkl. technischem Teil angeblich 10.000 Seiten umfassende, von einem Industriekonsortium erstellte und geheime Machbarkeitsstudie liegt seit Anfang 2006 vor. Sie kommt zu einer positiven Bewertung der technischen Machbarkeit und bietet in zwei grundsätzlichen Alternativszena-

rien unterschiedlicher Schutzintensität (und Kosten) technische und operationelle Grundlagen für die weitere militärische und politische Diskussion im Bündnis an. Die Kosten sollten – ohne die später veröffentlichten Pläne für Polen und Tschechien – unter zehn Mrd. Dollar liegen. Auf dem Rigaer Gipfel im November 2006 wurde aber lediglich eine weitere, vertiefte Studie mit einer aktualisierten Bedrohungsanalyse in Auftrag gegeben. Erwartet wird diese weitere Studie bis Juni 2007.²²

In der NATO selbst besteht Interesse an einer Einbeziehung auch strategischer Abwehrkomponenten in das Bündnis. Zwar wurden seitens ihres Generalsekretärs Jaap De Hoop Scheffer Bedenken geäußert, die aktuellen bilateralen Pläne der USA könnten die Allianz spalten und zudem die Alliierten dabei allein lassen, die südeuropäischen Deckungslücken im US-Schild zu schließen – eine strategisch bedenkliche Bildung zusätzlicher unterschiedlicher Sicherheitsklassen in der Allianz. Zugleich ließ er aber keinen Zweifel einerseits an der Notwendigkeit einer strategischen Abwehr gegen künftige Bedrohungen aus Iran, und andererseits an der sachlichen Abwegigkeit der von Russland (und politischen Akteuren in NATO-Staaten) geäußerten Grundsatzkritik.²³

Der Zeitverlust der NATO bei konkreten Anstrengungen auf der strategischen Schutzebene seit 2002 übersetzt sich aus Sicht der USA direkt in einen Zeitgewinn für die Falken im Iran und verkleinert das verbleibende Zeitfenster, außerhalb dessen die Gefahr droht, um 2015 durch Erpressbarkeit handlungsunfähig zu werden. Solange die Verbündeten zögern und allerlei Bedenken

¹⁹ *SAMP-T* (*Sol-Air Moyenne Portee/Terre*) ist ein italienisch-französisches Flugabwehrsystem mit Abwehrfähigkeiten auch gegen taktische ballistische Flugkörper.

²⁰ Übrigens arbeitet die NATO im *TMD*-Bereich schon seit Jahren eng auch mit Russland zusammen; ein weiterer Grund für Befremden angesichts russischer Polemik gegen die aktuellen US-Pläne, aber auch ein weiterer Hinweis auf ihr mögliches Motiv: Den Wunsch nach Partizipation.

²¹ Von deutscher Seite sind Diehl, EADS Astrium und die IABG an dem Konsortium beteiligt.

²² Paul Ames (AP): *Germany: put missile shield in NATO*; in: Sun-Sentinel (Fort Lauderdale, Florida); March 3, 2007 Saturday; S. 19A.

²³ Vgl. Harry de Quetteville: *US defence system 'could split NATO'*; in: The Daily Telegraph; March 13, 2007 Tuesday, S. 19; sowie Jonathan Eyal: *Missile shield: Why US, Europe will work it out; Europe agrees missile attacks are a threat in spite of split in views*; in: The Straits Times; March 17, 2007.

¹⁸ Siehe auch Eckart von Klaeden: *Gemeinsam in die Defensive*; in: Welt am Sonntag vom 15.04.2007, S. 6.

über russische Einwände, technische Schwierigkeiten, hohe Kosten oder mangelnde Bedrohungen ventilieren, wird dies die USA kaum an ihrem Kurs zweifeln lassen, die Entwicklung ihres Schutzschildes bilateral voranzutreiben.

Nicht realistisch ist eine Kontrolle des aktuell geplanten europäischen GMD-Systems durch die NATO. Dies würde für die USA bedeuten, die Entscheidung über den Einsatz eines von ihnen entwickelten und bis dato mit über 100 Mrd. Dollar finanzierten, primär für den Schutz des USA-Mutterlandes konzipierten Systems in die Hand einer nur im Konsens entscheidenden Institution aus 26 Mitgliedern mit nicht immer konvergenten Interessen zu legen.

Was wäre zu tun?

1. Geschlossenes Agieren der NATO-Partner in Unterstützung der aktuellen Pläne der USA. Wenn die strategische Notwendigkeit eines Abwehrsystems für die Atlantikseite und sein baldiger Baubeginn so nahe liegen, dann setzen sachlich unzutreffende Bedenkenträgerei und Zögern kontraproduktive Zeichen nach außen: So werden die Gegner vernünftigen Handelns – hier Russland, Iran, und auch die Gegner des Systems in Polen und Tschechien – ermutigt. Zweifellos war es kein gutes Beispiel für Bündnissolidarität, dass sich die USA nicht zunächst vertraulich innerhalb der NATO beraten haben, bevor sie offiziell an Polen und Tschechien herantraten. Allerdings ist trotz der langen Offenkundigkeit der Absichten auch kein Versuch der Europäer dokumentiert, die USA proaktiv anzusprechen. Es ist auch nachrangig, dass eine durch schwere Fehler und Mängel geprägte und selbst sachgerechten Einwänden der Verbündeten gegenüber autistische Politik der Bush-Administration sehr viel vom politischen Vertrauenskapital der USA in Afghanistan, Guantanamo und vor allem im Irak verspielt hat. In einer rationalen Analyse aus deutscher und europäischer Sicht kann es heute allein darum gehen, ob der aktuelle Plan der

USA begründet und sinnvoll ist – und das ist er.

2. Eingebettet in die Unterstützung der USA sollte ein konkreter Beschluss der NATO zur Errichtung eines möglichst umfassenden Abwehrsystems schon heute essentieller Bestandteil jeder diplomatischen Bemühung sein, den Iran von seinem – dann sehr viel weniger attraktiven – Nuklearwaffenprogramm abzubringen. Die ALTBDM-Aktivitäten der NATO sind entschiedener voranzutreiben und eng mit dem GMD-System der USA zu vernetzen. Dies erfordert von den USA, ihre europäischen Partner stärker teilhaben zu lassen und von den Europäern, einen angemessenen Teil der Lasten zu übernehmen und ihre Anteile an der rechtzeitigen Fertigstellung eines wirksamen Gesamtsystems nicht durch Zögern oder verspätete bzw. ungenügende Beschaffungsentscheidungen zu unterschlagen.

Ideal aus technischer und strategischer Sicht wäre mittelfristig der Aufbau einer *shoot-look-shoot*-Option mit weiteren GBI in England²⁴ – auch hier könnten die europäischen Bündnispartner bei der Lastenteilung die Solidarität zeigen, die sie bei der *Missile Defense* von den USA einfordern.

3. Die USA und ihre Partner sollten gemeinsam ein Angebot zur teilweisen Einbindung des aus Iran nicht minder bedrohten Russlands entwickeln und nach außen geschlossen vertreten. Dabei wäre nachvollziehbaren russischen Bedenken entgegenzusetzen: (a) Eine vertragliche Garantie, dass – entsprechendes russisches Verhalten vorausgesetzt – die derzeit geplante Anzahl von zehn GBI in Polen innerhalb eines festgelegten langen Zeitraums nicht wesentlich wächst; (b) eine klare, militärisch zwingende Begründung der Notwendigkeit möglicher weiterer Radare im Kaukasus zur Abwehr der mittelfristigen Gefahren, in Verbindung mit einer vollständigen Öffnung dieser Anlagen und insbesondere der von ihnen gewonnenen Daten für dauerhafte russische Beobachter; (c) eine

zumindest informationell enge Einbindung Russlands in das europäische GMD-System. Dies müsste beobachtende Verbindungsoffiziere in den Radar- und GBI-Stationen ebenso einschließen wie Inspektionsrechte für die GBI-Basen.

4. Noch besser wäre eine partielle Einbindung Russlands in die Pläne der NATO, natürlich auch unter Lastenbeteiligung und ggf. mit Einbringung russischer Technologie. Dass eine konstruktive Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Abwehr ballistischer Flugkörper möglich ist, belegt die jahrelange stille Zusammenarbeit der NATO mit Moskau auf dem Gebiet der taktischer Flugkörperabwehr.

Um eine solche konstruktive Lösung zu ermöglichen, sollte andererseits jedes Signal unterbleiben, welches Russland dahingehend verstehen darf, dass laut vorgelegte abwegige Bedenken sowie Drohungen gegen NATO-Partner mit eigenem Statusgewinn oder gar einer Mitsprache in NATO-Angelegenheiten belohnt werden könnten.

Da die intensiven Bemühungen der USA seit März bereits in diese Richtung gehen, scheint die Hauptverantwortung für eine konstruktive Lösung des Problems derzeit bei den Europäern zu liegen. Problematisch dabei bleibt – dieses Thema zieht sich durch die Geschichte der NATO wie ein roter Faden – die Lastenteilung. Vor allem aber fehlt die Verständigung auf eine gemeinsame Bedrohungsperzeption und ein darauf basierendes geschlossenes und entschlossenes Auftreten des Bündnisses nach Außen. Aber eines Tages gegenüber einer nuklearen Drohung schutzlos erpressbar zu werden, wäre das Ende der gemeinsamen Verteidigung, und damit der NATO.

Andreas Beckmann, Berlin

Andreas Beckmann ist Senior Consultant bei der Atlantischen Initiative in Berlin. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

²⁴ Siehe die Argumente bei Frühling/Sinjen in deren RUSI- und KAS-Beiträgen, a.a.O.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: 0173-5497942

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der **pmg**.

